



An den Grossen Rat

26.5025.02

PD/P265025

Basel, 15. April 2026

Regierungsratsbeschluss vom 14. April 2026

Schriftliche Anfrage Lisa Mathys betreffend «Wissenstransfer von der Wissenschaft in die Politik – Realitätscheck und Verbesserungspotenzial»

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Lisa Mathys dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«Der Regierungsrat hat in seinem Bericht zum Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend "Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Politik" (21.5754.03) dargelegt, wie der Kanton die Expertise rund um die Wissensvermittlung und Forschung zu Klimawandel-Themen stärkt. Dem eigentlichen Thema des Vorstosses - dem Wissenstransfer von den Fachexperte:innen an die Politik - widmete er sich dabei in einem Teil-Kapitel und verweist auf bestehende Formate wie den "Basler Klima-Impuls" (online), Klimaplattform der Wirtschaft (Business Lunches) oder den Wissenstransfer durch die Verwaltung.

Wie sichergestellt wird, dass neueste spezifische wissenschaftliche Erkenntnisse auch immer in die Kommissions-Beratungen von politischen Geschäften des Grossen Rates einfließen können, lässt der Bericht jedoch offen. Im Gegenteil: Dem Vernehmen nach sind Dozent:innen und Professor:innen auch schon dazu angehalten worden, ihre Expertise nicht auf direktem Weg mit Politiker:innen zu teilen. Genau dieser Transfer von Expertise ist jedoch Voraussetzung dafür, dass der Grosse Rat seine Entscheidungen immer gemäss aktuellem Wissensstand und Einschätzungen der Forschung fällen kann. Dies dient einer hohen Qualität und soliden Abstützung der Parlamentsentscheide.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hat die Regierung seit der Einreichung des Anzugs der Spezialkommission den Austausch zwischen Wissenschaft und Politik konkret aktiv verstärkt?
2. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat für die Schaffung geeigneter - falls nötig auch vertraulicher - Gefässe für das Zusammenbringen wissenschaftlicher Expertise mit den Entscheidungsträger:innen in den Sachkommissionen des Grossen Rates?
3. Das Bundesamt für Energie veranstaltet beispielsweise zusammen mit über 10 Konsortien Informationsanlässe gezielt für nicht-wissenschaftliches Publikum inklusive Ableitung von Handlungsoptionen und einer Diskussion darüber. Forschungsergebnisse sollen für Politik, Verwaltung und andere Akteur:innen dadurch einfacher verständlich und anwendbar sein. Ist ein entsprechendes Gefäss zur Forschungs- und Innovationsarbeit über Klima-Inhalte (und allenfalls auch weitere) der FHNW und der Uni Basel denkbar? Ist der Regierungsrat bereit, ein solches Gefäss in Absprache mit den Hochschulen zu initiieren?

4. Wie fördert der Regierungsrat zudem aktiv, dass wichtige Erkenntnisse anderer Schweizer und Europäischer Universitäten und Fachhochschulen systematisch und zeitnah im Kanton erkannt, aufgegriffen und integriert werden?
5. Hat der Regierungsrat Kenntnis davon, dass Dozent:innen und Professor:innen das direkte Teilen von Wissen mit Politiker:innen auf Anfrage untersagt sein soll? Kann er diese Hürden abbauen?

Lisa Mathys»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. *Wie hat die Regierung seit der Einreichung des Anzugs der Spezialkommission den Austausch zwischen Wissenschaft und Politik konkret aktiv verstärkt?*

Seit der Einreichung des Anzugs der Spezialkommission Klimaschutz betreffend «Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Politik» (21.5754.01) wurden die folgenden Schritte unternommen:

- Die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) und die Universität Basel haben ihre Aktivitäten im Bereich Klima und Nachhaltigkeit verstärkt und institutionell verankert;
- der Wissensstandort Basel im Bereich Klimaschutz wurde anhand der neuen Leistungsäufträge 2025–2028 (FHNW) und 2026–2029 (Universität Basel) gefestigt.

Die konkrete Ausgestaltung der Vermittlungsformate obliegt der betrieblichen Autonomie der Hochschulen. Der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Politik ist heute verankert und wird durch unterschiedliche Gefässe wie auch Programme aktiv umgesetzt. Formate wie der Basler Klima-Impuls oder die kantonalen Forschungsaufträge tragen dazu bei, dass neue Erkenntnisse systematisch in die alltägliche Arbeit der Regierung und somit auch in die Strategien, Programme und Massnahmen des Kantons einfliessen. Initiativen wie «BaselCircular» gewähren zusätzlich den Transfer, indem praxisnahe Innovationen für die Politik und Verwaltung nutzbar gemacht werden. Damit ist gewährleistet, dass die Verwaltung ihre Arbeit faktenbasiert ausrichten und neue Entwicklungen in Wissenschaft und der angewandten Forschung frühzeitig berücksichtigen kann.

2. *Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat für die Schaffung geeigneter - falls nötig auch vertraulicher - Gefässe für das Zusammenbringen wissenschaftlicher Expertise mit den Entscheidungsträger:innen in den Sachkommissionen des Grossen Rates?*

Die Hochschulen haben ihre Expertise konsolidiert, stehen im Dialog mit Politik und Öffentlichkeit und haben mehrfach bestätigt, dass die Fachexpertinnen und Fachexperten gerne zur Verfügung stehen. Es ist jedoch nicht ihre primäre Aufgabe, die Sachkommissionen des Grossen Rates proaktiv zu informieren.

Die bestehenden Angebote der Hochschulen für die interessierte Öffentlichkeit sind aus Sicht des Regierungsrates ausreichend. Zu starre Austauschgefässe zwischen Politik und Wissenschaft bergen ein Risiko, an den konkreten Bedürfnissen und Herausforderungen vorbeizugehen. Spezifische Nachfragen, welche massgeschneidert aufbereitet werden können, sind jederzeit willkommen.

3. *Das Bundesamt für Energie veranstaltet beispielsweise zusammen mit über 10 Konsortien Informationsanlässe gezielt für nicht-wissenschaftliches Publikum inklusive Ableitung von Handlungsoptionen und einer Diskussion darüber. Forschungsergebnisse sollen für Politik, Verwaltung und andere Akteur:innen dadurch einfacher verständlich und anwendbar sein. Ist ein entsprechendes Gefäss zur Forschungs- und Innovationsarbeit über Klima-Inhalte (und allenfalls auch weitere) der FHNW und der Uni Basel denkbar? Ist der Regierungsrat bereit, ein solches Gefäss in Absprache mit den Hochschulen zu initiieren?*

Für den Wissenstransfer aus der Wissenschaft in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit bestehen die folgenden Gefässe (vgl. dazu auch die Angaben im Schreiben 21.5754.03 des Regierungsrates vom 5. November 2025 zum Anzug der Spezialkommission Klimaschutz betreffend «Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Politik»):

- **Wissensstandort Basel im Bereich Klima:** Der Regierungsrat setzt den Fokus auf die beiden Hochschulen in kantonaler Trägerschaft: die Universität Basel und die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW). Zusätzlich berücksichtigt er weitere wissenschaftliche Institutionen, unter anderem das «Swiss Tropical and Public Health Institute», das «Department of Biosystems Science and Engineering» der ETH Zürich sowie «Meteoblue».
- **Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW):** Angesichts der Herausforderungen des Klimawandels, der Ressourcenknappheit und des Umbaus der Energieversorgung wird das Angebot der Hochschule Technik um den Bereich Umwelt substanziell erweitert. Die FHNW versteht sich als Innovationstreiberin und verpflichtet sich der Integration von Nachhaltigkeit in Lehre, Forschung und Betriebsführung. Dies umfasst die Verankerung von Nachhaltigkeitsthemen in sämtlichen Studiengängen, Weiterbildungsangeboten und Dienstleistungen. Über alle zehn Hochschulen hinweg bestehen Programme, Nachhaltigkeit systematisch im Hochschulbetrieb zu stärken. Damit trägt die FHNW aktiv dazu bei, wichtige Kompetenzen im Umgang mit Klima- und Umweltfragen zu vermitteln, einen systematischen Wissenstransfer zu gewährleisten und damit gesellschaftliche Wirkung über den Bildungs- und Forschungsauftrag hinaus zu entfalten.
- **Universität Basel:** Die Universität Basel hat in den vergangenen Jahren wichtige Schritte unternommen, um ihre Rolle im Bereich Klimaschutz und Wissenstransfer zu stärken. Diese Entwicklungen bilden die Grundlage für den Leistungsauftrag 2026–2029¹, mit dem die beiden Trägerkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft neue Schwerpunkte definiert haben, um den Wissenstransfer zwischen Forschung und Lehre einerseits sowie zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit andererseits zu stärken:
- **Forschungsschwerpunkte und Netzwerke:** Der Leistungsauftrag betont die Stärkung inter- und transdisziplinärer Forschung zu Nachhaltigkeitsthemen. Neben der Förderung von themenübergreifenden Projekten sieht er den Ausbau bestehender Netzwerke wie des Forschungsnetzwerks Sustainable Future² vor.
- **Dialog und Kooperationen:** Der Leistungsauftrag betont die Bedeutung einer stärkeren regionalen und internationalen Sichtbarkeit nachhaltigkeitsrelevanter Forschung und unterstreicht die Rolle der Universität als Akteurin im gesellschaftlichen Transformationsprozess. Mit öffentlichen Formaten wie den Zukunftsdialogen sowie mit Kooperationen im trinationalen Eucor-Verbund³ leistet die Universität einen Beitrag zum intensivierten Austausch mit Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung.
- **Universitäre Klimastrategie 2024–2030:** Mit ihrer Klimastrategie nimmt die Universität Basel eine Vorbildfunktion beim Übergang zu einer Netto-Null-Gesellschaft ein. Sie adressiert dabei die Bereiche Politik, Wirtschaft, Forschung, Lehre, Betrieb und Dialog mit der

¹ Universität Basel: Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2026–2029 (Ratschlag des Regierungsrates vom 18. Juni 2025)

² Forschungsnetzwerk Sustainable Future der Universität Basel: <https://sustainable-future.unibas.ch/de/>

³ Eucor – The European Campus: <https://www.eucor-uni.org/de/>

Gesellschaft. Vertreter des Research Network Sustainable Future der Universität Basel haben in einem ersten Austausch ihr Interesse an einer Zusammenarbeit bekundet.

4. *Wie fördert der Regierungsrat zudem aktiv, dass wichtige Erkenntnisse anderer Schweizer und Europäischer Universitäten und Fachhochschulen systematisch und zeitnah im Kanton erkannt, aufgegriffen und integriert werden?*

Es ist ständige Aufgabe der Verwaltung, in den verschiedenen relevanten Wissensbereichen fachlich auf dem aktuellen Stand zu bleiben. Dies kann nicht zentral gesteuert geschehen, sondern muss in den Departementen, Bereichen und Abteilungen fachspezifisch sichergestellt werden. Der Regierungsrat ist dafür besorgt, dass seine Antworten an den Grossen Rat wissenschaftlich auf dem aktuellen Stand sind.

5. *Hat der Regierungsrat Kenntnis davon, dass Dozent:innen und Professor:innen das direkte Teilen von Wissen mit Politiker:innen auf Anfrage untersagt sein soll? Kann er diese Hürden abbauen?*

Der Regierungsrat hat keine Kenntnis davon, dass die freie Zirkulation von Expertise absichtlich unterbunden worden wäre. Es ist in Betracht zu ziehen, dass politische Entscheidungen nicht allein von wissenschaftlichen Grundlagen abhängen und somit weitere Güterabwägungen mitberücksichtigt werden müssen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Marco Greiner
Vizestaatsschreiber